

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag bislang niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://www.queer.de/detail.php?article_id=38244).

Niemand muss sich outen, aber es ist wertvoll, wenn Politiker*innen das tun.

→ ***Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt? Wer? (Es geht hier um geoutete Personen. Und es geht darum, ob Sie geoutete Bisexuelle wahrnehmen, nicht darum, ob Sie eine Liste führen.)***

Antwort Die Humanisten

Dies ist eine sehr persönliche Frage. Letztendlich sollte die Sexualität in Bezug auf die politischen Kompetenzen perspektivisch genauso wenig eine Rolle spielen wie die Hautfarbe oder Schuhgröße.

Nichtsdestotrotz begrüßen wir es, wenn unsere Mitglieder zu ihrer Identität/Sexualität stehen und sich bei uns sicher fühlen. Uns sind mehrere bisexuelle Humanisten sowohl unter unseren Vorständen als auch unter den Kandidaten zur Bundestagswahl bekannt.

Frage 2:

Bisexuelle Frauen sind deutlich häufiger als andere Opfer von Vergewaltigung und Gewalt: 61% vs. maximal 44% (<https://broken-rainbow.de/lesben-haeufiger-von-gewalt-in-der-partnerschaft-betroffen-als-heterosexuelle-frauen/>).

Junge Bi+ neigen zu Drogenmissbrauch (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Bisexuelle haben ein höheres Risiko, unter Krankheiten zu leiden (<https://link.springer.com/article/10.1007/s10508-018-1169-8>).

→ **Welche Maßnahmen speziell für Bisexuelle planen Sie im Gesundheitssystem?**

Antwort Die Humanisten

Generell lässt sich anmerken, dass wir noch viel zu wenig über die speziellen Risiken von marginalisierten Personengruppen allgemein und queeren Menschen im Speziellen wissen. Erste Studien zeigen etwa, dass die enorm hohe Inzidenz von psychischen Erkrankungen in der LGBTQ+ Community hauptsächlich auf Diskriminierungserleben zurückzuführen ist (Übersichtsartikel: Schreiber, 2016). Hier braucht es jedoch noch intensivere Forschung um die Gründe für psychische und physische Erkrankungen zu erfassen, damit diese auf der Public-Health-Ebene gezielt angegangen werden können (siehe auch Antwort 5).

Der Problematik des Drogenmissbrauchs wollen wir entgegentreten, indem wir psychoaktive Substanzen legalisieren und erwachsene, aufgeklärte Konsumenten selbst entscheiden lassen. Durch regulierten Verkauf in Apotheken, strikte Alterskontrollen und die Umsetzung von Konzepten wie Drug-Checking werden Konsumenten effektiv geschützt. Der starke Ausbau niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote hilft, problematischen Konsum zu verhindern.

Frage 3:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf). Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang fast komplett verschwiegen.

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit: 39% (<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

→ **Wie wollen Sie es fördern, dass Schüler*innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?**

Antwort Die Humanisten

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

Wir wollen Aufklärung zu allen queeren Themen in der Schule fördern. Teil der Aufklärung z.B. im Biologieunterricht soll auch die Bisexualität sein. Bisexualität als Sexualität im Spektrum von romantischer und sexueller Anziehung sollte ein wichtiger Bestandteil des Programms zur Aufklärung an Berliner Schulen sein.

Wir setzen uns für eine vielfältige Gesellschaft in allen Lebensbereichen ein. Deshalb befürworten wir, queere Lebensrealitäten bereits in den ersten Schuljahren zu einem konkreten Unterrichtsgegenstand zu machen, etwa in Biologie (z.B. Sexualaufklärung), Politik/Gesellschaftswissenschaften und Ethik (z.B. Diskriminierung) und Geschichte (z.B. Menschenrechtsbewegung).

Wir unterstützen Aufklärungsprojekte in der Schule und wollen die Diskriminierungsprävention stärken. Auch über die Schulzeit hinaus fordern wir, im Sinne des lebenslangen Lernens gerade auch die älteren Generationen – welche teils noch Berührungspunkte mit der LGBTQIA+ Community haben – beispielsweise über berufliche Fortbildungen anzusprechen.

Frage 4:

2009 trat in Berlin ein **Aktionsplan gegen LSBTI*-Feindlichkeit** in Kraft, der im Titel nur von Homo- und Trans*-Feindlichkeit sprach (https://www.berlin.de/sen/lads/assets/ueber-uns/materialien/factsheets/factsheet_03_isv_bf.pdf).

→ Welche bi-spezifischen Schwerpunkte wollen Sie in Zukunft hier setzen?

Antwort Die Humanisten

Eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, in der alle Menschen sich frei entfalten und ihr Leben leben können, ist essentieller Bestandteil humanistischer Politik. Wir werden uns für einen bundesweiten Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit einsetzen.

Durch Aufklärungskampagnen (siehe auch Antwort 3) wollen wir über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt informieren, schadhafte Stereotype bekämpfen und für ein tolerantes Miteinander sensibilisieren. Des Weiteren sollten Beratungs- und Unterstützungsangebote für queere Menschen stärker gefördert werden, um als niedrigschwellige Anlaufstellen innerhalb der Community zu fungieren.

Speziell bezogen auf Bisexualität besteht ggf. erhöhter Bedarf an o.g. Hilfsangeboten. Gerade zur enorm hohen Inzidenz von psychischen und physischen Gesundheitsrisiken wollen wir bspw. weitere Forschungsarbeiten vorantreiben und die Erfassung von Diskriminierung und Hasskriminalität gegen Bi+ verbessern. Basierend hierauf möchten wir gemeinsam mit Interessensverbänden wie der BiNe und Experten aus anderen Bereichen evaluieren, wo Bedarfe bestehen.

Frage 5:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

- https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

→ **Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?**

Antwort Die Humanisten

Die Partei der Humanisten steht für Forschungsfreiheit und hält an diesem Grundsatz auch fest. Dennoch ist das Thema Bisexualität in der (Sexual-)Forschung unterrepräsentiert, weshalb Anreize verschiedenster Art geschaffen werden müssen, um dieses Manko auszugleichen. Möglich wäre dabei nicht nur eine Verbesserung der Beratungsangebote, sondern auch eine verstärkte Aufklärungsarbeit zur Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz von Bisexualität. Hiervon erhoffen wir uns eine eigenständige Neuausrichtung der Forschung.

Darüber hinaus können aber auch bewusst gesetzte Anreize zu einer Verbesserung der Situation führen. Uns schweben hier öffentlich geförderte Forschungsprojekte vor, zu deren Kooperationspartnern nicht nur die entsprechenden Bundesministerien sondern auch Institutionen wie die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld zählen. Neue Studien, die veraltete Grundlagen (etwa den Kinsey-Report) ablösen, sollten unabhängig davon vorangebracht werden, um die Lebenswirklichkeit des 21. Jahrhunderts besser darzustellen. Eine EU-Studie von 2013 stellt hierbei einen akzeptablen Beginn dar. Doch die Anstrengungen müssen intensiviert werden, weshalb auch Fördermöglichkeiten der Europäischen Union herangezogen werden müssen.

Frage 6:

Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine

Initiative zu sexueller Sichtbarkeit:

https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html,
https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

Dieses Jahr gibt es den ersten **Bi+Pride** in Deutschland mit Bi-Flaggen-Hissungen, Workshop und Demonstration für bisexuelle Sichtbarkeit (www.bipride.de).

In Australien hat eine Senatorin eine **Rede zum Tag der Bisexualität** (23.9.) gehalten (<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>).

BiBerlin e. V. ist ein sehr aktiver Verein für nicht-monosexuelle Menschen in Berlin und darüber hinaus (<https://biberlin.de/>).

→ **Welche vergleichbare Aktionen können Sie sich in Kooperation mit BiBerlin e. V. für vorstellen? Wie werden Sie sich dafür einsetzen?**

Antwort Die Humanisten

Der Bi+Pride ist eine erste gute Aktion auf die sicherlich noch viele weitere gute Initiativen, wie beispielsweise eine Bi+Pride-Demo in Berlin, folgen werden. Konkrete Projekte speziell mit bi+ Interessensvereinen (über allgemein queerpolitische Themen, CSDs etc. hinaus) sind bislang noch nicht geplant. Wir würden uns jedoch sehr freuen, in Zukunft mit Organisationen wie BiBerlin e.V. in den Austausch zu treten und uns gemeinsam für vielfältiges, selbstbestimmtes Leben und Lieben zu engagieren.

Frage 7:

Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexuaufklärung aussprechen, gefährden Kinder, obwohl sie das Gegenteil behaupten (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur*innen auch bei Politiker*innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Auch in der Politik äußern sich **Politiker*innen LSBTI*-feindlich**

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Sachverständige fordern Initiativen gegen **Hasskriminalität gegen LSBTI***:

- <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-pa-inneres-lsbt-844444>

→ **Wie wollen Sie konkret auf menschenrechtsfeindliche Äußerungen und Gruppierungen reagieren? Und wie schützen Sie Bisexuelle vor Hassgewalt?**

Antwort Die Humanisten

Wir Humanisten stehen vehement für Menschenrechte ein und verurteilen menschenfeindliche Äußerungen und Hassgewalt. Prävention und Aufklärung bleiben weiterhin die wichtigsten Pfeiler, um Diskriminierung zu verhindern bevor sie entsteht.

Ist es bereits zu spät, muss Betroffenen wirksam geholfen werden. Hierzu braucht es starke Opferberatungsstellen, Ansprechpersonen in der Polizei und anderen Behörden sowie auch unabhängige Dienststellen für die Ermittlung bei Vorfällen innerhalb der Sicherheitsbehörden.

Gute Politik braucht gute Daten. Daher muss die statistische Erfassung von Hasskriminalität gegen LGBTQIA+ verbessert werden. Hierauf basierend sollte ein bundesweites Konzept gegen Queerfeindlichkeit erarbeitet werden, unter Einbeziehung von Experten, Interessensverbänden, den Polizeien und anderen Beteiligten.

Die viel diskutierte Ergänzung des Art. 3 GG um die Genderidentität und sexuelle Orientierung wollen wir auf ihren tatsächlichen Effekt prüfen, stehen einem starken Diskriminierungsschutz jedoch generell offen gegenüber.

Frage 8:

Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter (https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824). Gerade in Corona-Zeiten sind Blutspenden rar.

Das **Transsexuellengesetz** betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im **Grundgesetz, Artikel 3** (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3->

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

[grundgesetz.html](#)). Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen (<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), die Initiative „Grundgesetz für alle“ von sehr vielen Organisationen und Prominenten unterstützt wird (<https://grundgesetz-fuer-alle.de/>), plante die alte Bundesregierung keine Erweiterung (https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).

Die **Anerkennung der gemeinsamen Elternschaft von gleichgeschlechtliche Paaren** fehlt in Deutschland nach wie vor (https://www.focus.de/regional/niedersachsen/etappensieg-fuer-gleichberechtigung-zwei-muetter-in-geburtsurkunde-lesbisches-paar-wird-fall-fuer-bundesverfassungsgericht_id_13129494.html).

Die lange kritisierten **geschlechtsangleichenden Operationen an intergeschlechtlichen Kindern** werden nun verboten, allerdings gibt es hier noch unnötige Ausnahmen (<https://www.sueddeutsche.de/panorama/kinder-intergeschlechtlich-gesetz-1.5287608>).

Die sogenannten „**Konversionstherapien**“ sind mittlerweile verboten, aber auch hier gibt es Schlupflöcher für Eltern, die dies doch unbedingt durchsetzen wollen (<https://www.lsvd.de/de/ct/914-Umpolungstherapien-wollen-Homosexualitaet-und-Transgeschlechtlichkeit-quot-heilen-quot>).

→ **Werden Sie hier vermehrt auf den Rat von Expert*innen hören und Menschenrechte umsetzen?**

- *Verbesserung der Blutspenderegulungen,*
- *Trans*-Rechte,*
- *Schutz im Grundgesetz,*
- *Anerkennung von zwei Müttern,*
- *Schutz von Inter*-Kindern,*
- *Verbot von Konversionstherapien*

Antwort Die Humanisten

Ja! Die genannten Stichworte sprechen uns Humanisten aus dem Herzen. Wir stehen als Partei wie keine andere dafür ein, politische Entscheidungen auf wissenschaftliche Fakten zu stützen – nicht auf Ideologien und Ängste aus dem letzten Jahrtausend.

Insbesondere möchten wir das Blutspendeverbot auf wenige Wochen verkürzen (HIV-Nachweisgrenze) und von Geschlecht/Sexualität entkoppeln, Regenbogenfamilien in allen Bereichen gleichstellen, die Änderung von Namen und Personenstand deutlich erleichtern und rein kosmetische Eingriffe an nicht-zustimmungsfähigen inter* Kindern sowie menschenunwürdige Konversionstherapien verbieten.

Frage 9:

Auf Bundesebene wurde ein LSBTI*-Inklusionskonzept erstellt (<https://www.auswaertiges->

amt.de/blob/2444682/5a3bbe8a012bbc167d524284ab114019/210226-inklusionskonzept-pdf-data.pdf), um **LSBTI*-Rechte im Ausland** einzufordern.

Große Wirtschaftskonzerne schweigen grundsätzlich zu massiven Menschenrechtsverletzungen (<https://www.welt.de/wirtschaft/article195785465/China-Geht-es-um-Menschenrechte-halten-sich-Manager-lieber-raus.html>), wirtschaftliche Interessen scheinen immer über Menschenrechten zu stehen.

Doch auch Politiker*innen sind zu zögerlich – egal ob es sich um China, Brasilien oder Russland handelt oder um Europa geht: Ungarn und Polen werden zwar endlich kritisiert, doch wirklich passiert zu wenig und viel zu spät (<https://www.tagesschau.de/kommentar/eu-bericht-rechtsstaatlichkeit-101.html>). Währenddessen werden LSBTI*-Rechte getreten und Jugendliche (queere, wie nicht queere) durch Verbot von Aufklärung massiv gefährdet (<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ungarn-homosexualitaet-103.html>).

→ Wie planen Sie in Zukunft (z. B. über den Bundesrat oder Auslandsbesuche), LSBTI*-Rechte im Ausland erfolgreicher einzufordern?

Antwort Die Humanisten

Berlin sollte sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung Diskriminierung und Einschränkungen von LSBTI*-Rechten im Ausland klarer benennt. Auf der Ebene der Europäischen Union muss sich die Kommission deutlich stärker für die Wahrung der LSBTI*-Rechte in den EU-Staaten einsetzen - notfalls auch mit Sanktionen. Berlin sollte bei der Bundesregierung entsprechend darauf drängen, dies von der EU einzufordern.

Wenn dieses Engagement nicht hilft, muss sich unsere Stadt auch weiterhin ganz selbstverständlich dazu bereit erklären, vor Diskriminierung und Gewalt flüchtenden Menschen Zuflucht zu gewähren.

Mit seinem Image als weltoffene, tolerante Metropole kann Berlin ein starkes Signal für Toleranz und LSBTI*-Rechte in die Welt hinaus senden. Zu Aktionen wie Bi+Pride, CSD und ähnlichem sollten zudem bewusst Aktivist*innen aus Ländern wie Polen, Ungarn, China etc. eingeladen werden um mit diesen gemeinsam ein Zeichen zu setzen.